

Handy-Sammelaktionen: Hilferuf aus Region ist Thema in Berlin

Vor dem Hintergrund eines Hilferufs des Stadtkomitees der Katholiken aus Recklinghausen, gemeinnützige Handy-Recycling-Initiativen nicht durch Bundesregelungen zu behindern, hat sich CDU-MdB Michael Breilmann mit der Bitte um Aufklärung an die Bundesregierung gewandt. Man begrüße derartige Sammlungen, es sei aber „nicht beabsichtigt, die sicherheitstechnischen Vorgaben für bestimmte Verwendungszwecke herabzusetzen“, so die [Antwort](#) der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage. Der Bundesregierung lägen Hinweise vor, dass die Wirtschaft bereits an alternativen Logistikkösungen arbeite, um bestehende Sammlungen weiter aufrechterhalten zu können. MdB Breilmann, der das diesbezügliche ehrenamtliche Engagement, erst im Januar wurde erneut die „Aktion Goldhandy“ in der Region durchgeführt, unterstützt, warnt am Freitag in Berlin: „Es wäre fatal, wenn durch die Haltung der Ampel derartige Aktionen künftig erschwert oder gar verhindert würden“.

„Klima-Aktivisten“: Verbot der „Letzten Generation“ debattiert

Der Bundestag hat am Mittwoch einen Antrag der AfD-Fraktion zum Verbot der Organisation „Letzte Generation“ beraten und anschließend an den zuständigen Innenausschuss überwiesen. Mehrere Redner verwiesen darauf, dass die AfD, deren Jugendorganisation vom Verfassungsschutz aktuell als erwiesen rechtsextremistische Bestrebung eingestuft wurde, als Initiator in Sachen Extremismus stillos und völlig unglaubwürdig sei. Unabhängig vom Antragsteller sei das Anliegen, über ein Vereinsverbot



„Kaffeekränzchen mit Wissing, Faeser schweigt“: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann kritisierte in seiner [Rede](#) in der Debatte unter anderem die völlig unklare Haltung der Bundesregierung zur umstrittenen Aktivistengruppe „Letzte Generation“. (Foto: Privat)

der „Letzten Generation“ nachzudenken, aus Sicht der Union grundsätzlich diskussionswürdig. „Diese Ampelkoalition, diese Bundesregierung, sie hat keinen Plan und kein Konzept, wie sie mit der sogenannten „Letzten Generation“ umgehen will“, kritisiert der Extremismus-Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Breilmann die unklare Haltung der Ampel-Regierung. „Wir haben einen 360-Grad-Blick. Wir sind der Überzeugung, dass man in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegen Rechtsextremisten, gegen Linksextremisten, gegen Bedrohungen von außen, aber auch gegen politische Kriminalität unter dem Deckmantel von Klimaschutz klar vorgehen muss. Das ist unsere Devise“, so Breilmann. Er beklagte das Schweigen von Innenministerin Faeser. Das BMI hätte als Verbotsbehörde mit einer Rede Klarheit schaffen können. So überließe man dieses Thema der AfD. Was ihn in dieser Debatte störe, sei eine Art Verharmlosung: „Da ist von Aktivisten die Rede, von Protest, von hehren Zielen. Tatsächlich handelt es sich bei Mitgliedern der sogenannten „Letzten Generation“ um Personen, die Straftaten ankündigen, sie ausführen, dies für gerechtfertigt und alternativlos halten. Das ist eine ganz schwierige, gefährliche Mischung. Da bedarf es nun mal einer klaren Antwort der Politik, und da bedarf es einer Antwort dieser Bundesregierung. Prüfen Sie eigentlich mal ein Verbot? Was machen Sie eigentlich?“, so Breilmann abschließend.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

natürlich sei es „berechtigt, zu fragen“, ob man Staatssekretär Graichen entlassen müsse, so das huldvolle Zugeständnis von Minister Robert Habeck am Mittwoch



im Wirtschaftsausschuss: „Fehler müssen als Fehler benannt werden“, aber man solle eben „Kraft zur Differenzierung aufbringen“. Fehler, das klingt menschlich und verzeihbar. Jeder macht Fehler. Aber Graichen hat nicht fahrlässig einen Fehler gemacht, sondern wollte seinem Freund und Trauzeugen eine sehr gut bezahlte Stelle verschaffen. Das ist ein schwerer Verstoß gegen den Verhaltenskodex seines Ministeriums. Die Grünen werfen anderen Parteien gerne Klüngelei und "Filz" vor. Sie sprechen von der eigenen positiven Fehlerkultur und fordern Transparenz ein. Daran muss sich nun auch Habeck messen lassen. Will er glaubwürdig bleiben, ist Graichen nicht mehr haltbar. Aussitzen, ein bisschen Bedauern, ein kleines Bauernopfer – und ansonsten heiter weiter?! Im Filzpantoffel lässt sich keine vertrauenswürdige Politik machen. Das Wirtschaftsministerium gehört familiär entflochten.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I

Michael Breilmann



PPP: Breilmann verabschiedet US-Stipendiatin



Zum Abschluss des 39. Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) besuchten die US-Stipendiaten am Donnerstag den Deutschen Bundestag. Dort traf CDU-MdB Michael Breilmann „seine“ Stipendiatin Victoria Rodriguez. Breilmann übernahm 2022 die Patenschaft für Rodriguez, die, wohnhaft bei Gasteltern in Recklinghausen, ein Auslandsjahr im Wahlkreis absolviert, bevor sie im Juni nach Florida heimkehrt. Breilmann: „Gute Reise, liebe Victoria! Als Junior-Botschafterin hast Du einen tollen Job gemacht. Herzlichen Dank auch an die Gastfamilie für die tolle Aufnahme.“ (Bild: Privat)

Radioreportage: „Unsere Abgeordneten in Berlin“



„Unsere Abgeordneten in Berlin“ war das Thema einer Reportage, das am Mittwoch Ann-Kathrin Krügel, Moderatorin bei Radio Vest, Lokalradio im Kreis Recklinghausen, in das Berliner Büro des CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Breilmann führte. Dabei nutzte sie die Gelegenheit als Gast beim internen Meinungsaustausch Breilmanns mit dem Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Dr. Felix Klein, unmittelbare spannende Einblicke in den Arbeitsalltag des Abgeordneten zu gewinnen. (Bild: Privat)

Recht auf Wohnungstausch: Kritik an LINKE-Antrag



Die Fraktion Die Linke will ein „Recht auf Wohnungstausch“ einführen. Darüber hat am Freitag der Bundestag beraten. Als „linke Symbolpolitik“ kritisierte CDU-MdB Michael Breilmann den Antrag in seiner [Rede](#). „Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, wie und auf welcher Quadratmeterzahl sie zu leben haben. Ich empfinde das als Anmaßung“, so Breilmann. „Wir müssen Bauen, Bauen, Bauen“, so das Bauausschussmitglied. (Bild: Privat)

Union fordert Wärmeversorgung „ohne soziale Kälte“

Der Deutsche Bundestag beriet am Freitag erstmals einen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Titel [„Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung ohne soziale Kälte“](#). Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Gebäudeenergiegesetzes ist nach Ansicht der CDU/CSU-Abgeordneten für viele Menschen mit einem finanziellen Aufwand verbunden, den sie trotz geplanter Förderung und Rückgriff auf Erspartes nicht stemmen können. Die CDU will unter dem Motto "Fair heizen statt verheizen" mit einer bundesweiten Mobilisierungskampagne die Pläne der Ampel-Regierung zum langfristigen Abschied von Öl- und Gasheizungen verhindern. "Wir brauchen eine Wärmewende ohne soziale Kälte. Wir wollen fair heizen statt verheizt werden", so CDU-MdB Michael Breilmann. Er rief die Bürgerinnen und Bürger auch in der Region Recklinghausen dazu auf, sich auf der [Internetseite](#) der Kampagne einzutragen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 30 der 20. Wahlperiode

12. Mai 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/H. Häßler